

5. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 27. April 2017 von 09:00 bis 16:30 Uhr

PROTOKOLL

Teilnehmeranzahl (*Liste in Anlage*): Rund 140 Vertreter/innen von Interessengruppen, Verbänden, Ländern und Kommunen, verteilt auf 16 Bänke, sowie Vertreter/innen der Bundesregierung („Resorts“).

Bezeichnungen der Bänke im Protokoll:

1. Gebäude-, Wohnungswirtschaft, Private Haushalte: „Gebäude“
2. Bundesländer: „Länder“
3. Verkehr: „Verkehr“
4. Energiewirtschaft: „Energie“
5. Gewerbe, Handel, Dienstleistungen: „GHD“
6. Wirtschaft allg. und Industrie: „Wirtschaft“
7. Verbraucher- und Mieterschutz: „Verbraucher“
8. Abfallwirtschaft und übrige Emissionen: „Abfallwirtschaft“
9. Kommunen: „Kommunen“
10. Umwelt-, Natur- und Klimaschutz: „Umwelt“
11. Finanzsektor, Banken: „Finanzen“
12. Gewerkschaften, Sozialverbände: „Gewerkschaften“
13. Wissenschaft: „Wissenschaft“
14. Entwicklungszusammenarbeit: „Entwicklung“
15. Land- und Forstwirtschaft: „Land & Forst“
16. Mittelstand, KMU, Handwerk: „Mittelstand“

TOP 1: Begrüßung durch Dr. Karsten Sach (Abteilungsleiter der Abteilung Klimaschutzpolitik, Europa und Internationales)

Abteilungsleiter Herr Dr. Karsten Sach begrüßt die Teilnehmer/innen der heutigen Sitzung in Vertretung für Herrn Staatssekretär Jochen Flasbarth.

- Der Klimaschutz bedarf Veränderungen und Anstrengungen aller gesellschaftlichen Bereiche, daher kommt der Zivilgesellschaft eine besondere Rolle zu. Die Plattform *Aktionsbündnis Klimaschutz* hilft dabei, Lösungsansätze zu identifizieren, neue Maßnahmen zu entwickeln und zu besseren Lösungen zu kommen.
- Von dem Bündnis sollen zum einen der Klimaschutz und zum anderen auch die Teilnehmer/innen profitieren. Das Bündnis soll helfen, das Ziel Klimaschutz in die Mitte der Gesellschaft zu rücken und für Akzeptanz zu sorgen.
- Der Klimaschutzbericht 2016 zeigt, dass Fortschritte gemacht werden. Er verdeutlicht aber auch, dass die Anstrengungen nicht nachlassen dürfen und weitere Schritte notwendig sind.
- Ein besonderer Dank gilt den Vertreter/innen der Bänke Wirtschaft und Gebäude, die in der heutigen Sitzung ihre Perspektive zum Klimaschutz vortragen werden, und der DENEFF, die mit der Vorstellung eines Projektes über Klimaschutz in Gewerbeimmobilien den Bogen zwischen diesen Themen spannen wird.
- Anschließend soll der Horizont bis 2020 verlassen und der Blick auf den Zeitraum bis 2050 gerichtet werden, da das Aktionsbündnis über 2020 hinaus fortgeführt wird.

- Im Hinblick auf die Umsetzung des Klimaschutzplans setzt die Bundesregierung hohe Erwartungen in die Teilnehmer/innen des Aktionsbündnis'. Gemeinsam sollen die Umsetzung, die Maßnahmenprogramme und die Impact Assessments erörtert werden.
- Der Sektor Wirtschaft und Industrie steht in einem besonderen Spannungsfeld. Deutschland ist eine Exportnation – eine florierende Entwicklung der Wirtschaft ist also im Interesse aller. Gleichzeitig muss auch die Industrie klimaschutzpolitische Ziele beachten. Das BMUB ist überzeugt, dass dies keinen Widerspruch darstellt. Zielerreichung und Beitrag zum Klimaschutz sind mit dem Anspruch, die nationale Wettbewerbsfähigkeit weiter zu stärken vereinbar, wie die Industrie im Bereich erneuerbarer Energien und mit den Zugewinnen bei der Energieeffizienz in den letzten Jahren bewiesen hat.

TOP 2: Klimaschutz in der Industrie

Vorstellung eines Themenpapiers durch die Bank „Wirtschaft“ (*Hinweis: Das Themenpapier steht auf den Internetseiten des BMUB zur V. Sitzung des Aktionsbündnisses Klimaschutz zur Verfügung*). Einleitung durch Herrn Dr. Rolle vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI):

- Das Themenpapier wurde gemeinschaftlich erstellt und soll als eine Ideensammlung und Darstellung verschiedener Facetten des Klimaschutzes in der Industrie verstanden werden. Das Themenpapier stellt keinen absoluten Konsens in der Bank dar, behandelt gleichwohl die wichtigsten Determinanten des Klimaschutzes für die Industrie. Dazu gehören u.a. Wirtschaftswachstum, politische Rahmenbedingungen, Recycling und erneuerbare Energien sowie technische Innovationen.
- Die Beiträge der Bank Wirtschaft sollen zeigen, wie die deutsche Wirtschaft zum Klimaschutz beiträgt. Da die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, um die 2020-Ziele zu erreichen, wird die Frage aufgeworfen, was es weiter zu tun gilt.
- Das Papier wird gemeinschaftlich vorgestellt, die Sprecher/innen widmen sich dabei den verschiedenen Schwerpunkten und geben einen Überblick über Best-Practice Beispiele:
 - Fr. Nitz (VCI): Steuerliche Forschungsförderung und Energieforschung
 - Hr. Reichenbacher (Stahlindustrie): CO₂-Minderungstechnologien, Recycling und Ressourceneffizienz
 - Dr. Fuchs (Kalkindustrie): Energiemanagementsysteme (EMS)
 - Fr. Nallinger, Hr. Nader, Fr. Nitz: Unternehmens-/Best-Practice-Beispiele aus der Wirtschaft.
- Wichtig ist hierbei, die Gesamtentwicklung zu betrachten und hierauf basierend zu beurteilen, ob die deutsche Industrie grundsätzlich auf dem Weg der Zielerreichung ist. Eine stichpunktartige Analyse ist hierbei nicht zielführend.
- Abschließend wird betont, dass bestimmte, die Industrie betreffende Themen wie Kohleausstieg und Emissionshandelsreform zwar als sehr relevant betrachtet, in dem Papier aber nicht diskutiert werden.

Anschließende Diskussionsrunde, moderiert durch Staatssekretär Jochen Flasbarth und Abteilungsleiter Dr. Sach:

Anmerkung von Abteilungsleiter Dr. Sach: Vielfältiges und beeindruckendes Bild über die Möglichkeiten. Entwicklungen offen darzulegen ist bei der Industrie aufgrund der Vielfältigkeit und Unterschiedlichkeiten besonders herausfordernd. Eindrückliches Plädoyer für klimafreundliche Industriepolitik.

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
VERKEHR	Rainer Schätzlein Deutsches Verkehrsforum	<ul style="list-style-type: none"> • Zu Forschung und Entwicklung im Verkehr: Hinsichtlich alternativer Antriebe und Kraftstoffe liegt ein anspruchsvolles Ziel vor uns. Der Ausbau der Elektromobilität muss weitergehen. Durchbrüche und Lösungen, die heute noch nicht vorliegen, sind aber notwendig, z.B. beim Straßengüterverkehr (LKW). • Eine steuerliche Forschungsförderung, die Bereiche Material, Leichtbau und Antriebe sind auch aus Sicht des Verkehrssektors sehr wichtig. • Aber auch eine Optimierung der Logistik ist notwendig sowie weitere Digitalisierung: Im Verkehrssektor spielt die digitale Vernetzung eine entscheidende Rolle. • Bezüglich des Stromeinsatzes bei der Bahn müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden, um das Ziel der 100% erneuerbare Energien zu erreichen. Die EEG-Erhöhung für den Schienenverkehr war kontraproduktiv und muss rückgängig gemacht werden. • Für den Verkehr ist die Zeit nach 2020 entscheidend: In konkreten Arbeitsgruppen sollte darüber gesprochen werden, was realistische Ansatzpunkte sind, um die hohen Ansprüche zu realisieren.

Übergabe der Moderation von Dr. Sach an Staatssekretär Jochen Flasbarth:

Staatssekretär Flasbarth begrüßt die Teilnehmer/innen

Dies ist die letzte Sitzung des Aktionsbündnis' vor Ende der Legislaturperiode. Das BMUB ist zufrieden mit dem Prozess. Im Laufe der Sitzungen wurde das Format als nützlich anerkannt, insbesondere weil hierdurch ein Mindestmaß an Diskussion ermöglicht wurde. Das Aktionsbündnis ist nicht auf Konsens ausgerichtet, aber in jeder Sitzung werden Schnittmengen und Gemeinsamkeiten gefunden und die Treffen sind sehr konstruktiv.

Die 6. Sitzung wird aufgrund der im Herbst stattfindenden Koalitionsverhandlungen erst im Januar 2018 einberufen.

Jetzt ist zu überlegen, welche Schritte nach 2020 gegangen werden müssen und wie diese vorgenommen werden können. Dabei ist der Rahmen des Aktionsbündnis' geeignet, um den Austausch zwischen den Sektoren zu ermöglichen.

Dank auch an die anderen Ressorts für die konstruktive Teilnahme

Auf deutscher Ebene muss es noch weitere Aktivitäten geben, um die 2020-Ziele zu erreichen. Gleichwohl kann DEU aber mit einem gewissen Selbstbewusstsein in den internationalen Vergleich gehen.

KOMMUNEN	Dr. Dag Schulze Klima-Bündnis e. V.	<ul style="list-style-type: none"> • Es besteht noch viel Handlungsspielraum für ambitionierte Klimapolitik. Es wäre wünschenswert, in der großen Runde mehr über Gemeinsamkeiten und größere Schritte zu sprechen als über kleinteilige Maßnahmen. • Gespräche zwischen den Ländern und der Industrie sind notwendig. Vor allem in der Ausschreibungspraxis sind Anpassungen nötig. • Es existiert ein Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie. Auch im Industriepapier wird das aufgegriffen, da Effizienzgewinne primär zum Wachstum und nicht für den Klimaschutz eingesetzt werden. Es sollten daher systemische Fragen aufgeworfen und ein Raum geschaffen werden, um den Renditegedanken in Frage zu stellen.
----------	--	--

5. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 27. April 2017 von 09:00 bis 16:30 Uhr

UMWELT	<p>Dr. Erika Bellmann WWF Deutschland</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Inkrementelle Fortschritte reichen nicht aus. Bis 2020 brauchen wir noch eine Reihe von schnell umsetzbaren Maßnahmen, die THG-Einsparungen bewirken. Wichtiger ist aber noch, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen, um einen umfassenden Transformationsprozess in Gang zu bringen. • Es geht bei der Transformation u.a. darum, eine neue Mobilität zu erarbeiten, vollständig neue Stahlherstellung ohne Koks und eine neue Rohstoffbasis für die Chemieindustrie zu entwickeln. • Der Klimaschutz ist noch nicht Leitmotiv der Wirtschaft und kein Entscheidungstreiber, auch bei Forschungsförderung ist nicht immer klar, ob Klimaschutz der Grundgedanke ist. Es herrscht Unklarheit darüber, wofür die Forschungsgelder verwendet werden – daher ist Begeisterung bei steuerlicher Förderung nicht immer gegeben; sie darf kein Blanko-Check sein. Hier stellt sich die Frage nach dem Design der Forschungsförderung. • Ein klares Bekenntnis ist notwendig und wünschenswert, sowohl von Industrie als auch von der Bundesregierung (u.a. bzgl. CO₂-Preis und der Option eines Klimaschutzgesetzes). • Begrüßt werden Unternehmensverbände wie die Stiftung 2°, die das Ziel Klimaschutz bereits im Namen tragen.
<p><i>Anmerkung von Staatssekretär Flasbarth:</i></p> <p><i>Vor der nächsten Sitzung im Januar 2018 soll im BMUB zum Thema Forschungsförderung mit verschiedenen Akteuren eingeladen werden. Es muss davon ausgegangen werden, dass nicht jeder der großen internationalen Partner von Anfang an mit den gleichen Ambitionsansprüchen das Thema Klimaschutz angeht. Das Design der Forschungsförderung muss es ermöglichen, dass Innovationen angereizt werden, deren Zahlung nicht durch die Beteiligten alleine zu leisten ist. Dies betrifft besonders die energieintensive Industrie. Gleichzeitig muss das Budget deutlich erhöht werden. Dabei Mitnahmeeffekte zu verhindern und eine zielgerichtete Ausgestaltung zu ermöglichen soll Fokus des Treffens sein.</i></p>		
WISSENSCHAFT	<p>Dr. Barbara Schломann Fraunhofer ISI</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Eine absolute Senkung des Ressourcenverbrauchs kann nicht allein durch Effizienzgewinne erreicht werden. Es gibt explizite Ziele zur absoluten Senkung, an denen sich entsprechende Maßnahmen orientieren müssen • Einsparpotenziale gibt es bei Querschnittstechnologien, aber die Prozesse sind entscheidend. Forschung und Entwicklung ist hier notwendig, um stärkere Ressourcen- und Materialeffizienz zu erreichen und um Verfahren zu entwickeln, die die THG-Emissionen der Industrie reduzieren. • Ohne ordnungsrechtliche Instrumente und stärkere Mengen- und Preissteuerung ist dies nicht möglich. Dazu wird auch ein ambitionierterer Emissionshandel benötigt.

5. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 27. April 2017 von 09:00 bis 16:30 Uhr

WISSENSCHAFT	Lena Reuster Forum Ökologisch- Soziale Marktwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Effizienzgegenleistungen im Rahmen der Energiepreisvergünstigung sind ein wichtiger Hebel für die Energieeffizienz. • Der Spitzenausgleich und die Besondere Ausgleichsregelung haben eine starke Dynamik bei den Energiemanagementsystemen ausgelöst: es erfolgte ein Sprung von 40 auf 5.000 EMS in nur vier Jahren. Die Entwicklung beweist, was für ein wichtiger Hebel diese Instrumente sind. • Wenn aber die Ziele erreicht werden sollen, muss man auf den Effizienzgegenleistungen aufbauen und ambitioniertere Gegenleistungen fordern. Beispiele sind verpflichtende Umsetzungen von Effizienzmaßnahmen aus dem Energieaudit (wie in den Niederlanden), unternehmensbasierte Zielvereinbarungen (wie in der Schweiz oder Dänemark) oder Verknüpfung mit Energieeffizienzkennzahlen, etc.
RESSORTS	Dr. Antonio Pflüger BMW	<ul style="list-style-type: none"> • Vielen Dank für das große Engagement. Beeindruckend an den genannten Beispielen ist, wie schwer es heutzutage geworden ist, einen gemeinsamen Nenner bei den Maßnahmen zu finden und wie tief sie zum Teil in die Chemie, die Physik oder auch einzelne Regelungen hineingehen. • Aufgrund der großen Vielfältigkeit der industriellen Prozesse ist noch sehr viel Forschung und Entwicklung notwendig die auch durch das BMWi unterstützt wird. •
GEBÄUDE	Corinna Merzyn Verband Privater Bauherren	<ul style="list-style-type: none"> • Zwei Stichpunkte, die aus Gebäudesicht für untersuchenswert gehalten werden: <ul style="list-style-type: none"> ○ Nutzung von Abwasser und Abwärme bspw. im Gebäudesektor: Im Bereich der privaten Wohneigentümer ist noch vieles ungeregelt. Nicht unbedingt technisch, sondern vor allem die rechtlichen Rahmenbedingungen benötigen Verbesserungen, dies betrifft u.a. auch das Mietrecht. ○ Nichtwohngebäude: Weniger Energieaufwand als Wohngebäude, aber ansehnliches Potenzial, das gehoben werden kann.
<p><i>Anmerkung von Staatssekretär Flasbarth:</i></p> <p><i>Die Rahmensetzung ist wichtig (fiskalisch, rechtlich), um Front-Runner anzureizen. Viele kleine Schritte sind daher notwendig.</i></p>		

5. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 27. April 2017 von 09:00 bis 16:30 Uhr

WISSENSCHAFT	<p>Dr. Felipe Andrés Toro Chacón</p> <p>Institut für Ressourceneffizienz und Energiestrategien</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Je nachdem, welche Szenarien man betrachtet, benötigen wir jährliche Emissionsminderungen um 4-7% bis zum Jahr 2050. Es wurden in den letzten 15 Jahren Fortschritte gemacht, aber jetzt stagnieren die Minderungen. • Studien des Instituts zu Transformation in der Industrie zeigen aber, dass die Chance und Herausforderungen erkannt werden. • Aufgrund der langen Lebensdauer und Investitionszyklen von Anlagen, insbesondere für die Kunststoffindustrie, werden die jetzt installierten Anlagen auch 2050 in Betrieb sein. Daher muss heute bei solchen Anlagen oder bei Re-Investitionen Beste Verfügbare Technologien (BVT) eingesetzt werden. • Aus Forschungsperspektive ergeben sich weitere Möglichkeiten bei der Material- und Ressourceneffizienz, deren Potenziale noch nicht ausgeschöpft sind. Ausdrücklich begrüßt wird, dass Recycling und Kreislaufwirtschaft für die Industrie eine Rolle spielen. • Ein Strukturwandel von energieintensiver Produktion auf energieextensive Produktion kann beobachtet werden. Dies bietet Chancen, nicht nur für Produkte, sondern auch für begleitende Dienstleistungen in der Industrie. • Die Botschaft der Studie lautet, dass mehr Investitionen für Forschung und Entwicklung und Zusammenarbeit notwendig sind.
MITTELSTAND	<p>Michel Durieux</p> <p>ZDH</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Die Anregungen der Industrie bzgl. EMS werden mitgetragen. Auch stimmt es, dass die Zertifizierung für KMU des nicht-produzierenden Gewerbes eine große Eintrittshürde darstellen. Die Zertifizierung soll nicht den größten Kostenblock bei EMS Entscheidungen darstellen. • Weitere Anreize wären zu begrüßen, z.B. die Ausweitung Spitzensteuerausgleich (Stromsteuergesetz) auf das nicht-produzierende Gewerbe • Die Förderausgaben für Forschung und Entwicklung müssen erhöht werden, wie auch der Blick auf die internationale Situation zeigt. Dies gilt vor allem, wenn Deutschland international Maßstäbe setzen möchte. • Dabei muss darauf geachtet, dass nicht nur die großen industriellen Betriebe adressiert werden, sondern auch kleine Unternehmen, die sich in Netzwerken oder Verbänden zusammenschließen können.

5. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 27. April 2017 von 09:00 bis 16:30 Uhr

KOMMUNEN	<p>Andreas Bleschke Klimaschutzkoordinator Landkreis Teltow-Fläming</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Wir sind hier in dem Bündnis organisiert, um gemeinsam an Ansätzen und Maßnahmen zu arbeiten, wie bis 2020 noch die Reduktion der CO₂-Emissionen um 40% erreicht werden können. Dazu benötigt das Bündnis aber auch entsprechendes Feedback. Diesbezüglich die Frage an Herrn Staatssekretär Flasbarth: Was hat das BMUB für sich an Maßnahmen aus den letzten fünf Sitzungen in die Politik mitgenommen und aufgegriffen? • Eine Anregung in Anlehnung an die bereits diskutierten Demonstrationsprojekte wäre die Förderung von Präsentationsprojekten: Vorbilder regen zum Nachahmen an. „Energierundgänge“ zeigen z.B. den Weg Energie selbst zu erzeugen, Ressourcen zu schonen und in den Unternehmen selbst auch Geld zu sparen. • Im Landkreis zeigen Firmen anderen Unternehmen, wie sie bspw. KWK-Anlagen integrieren und damit Erfolg haben. Aktivierungsenergie wird freigesetzt, wenn Unternehmen, die erfolgreich klimaschützende und energieschonende Maßnahmen umgesetzt haben, als Beispiel vorangehen. Die Initiierung solcher „Energierundgänge“ benötigt Forschung. Die Frage ist daher, ob es Träger in den Kommunen gäbe, die bereit wären, das zu organisieren, und ob Förderung für diesen Ansatz bereitgestellt würde.
<p><i>Anmerkung Staatssekretär Flasbarth:</i></p> <p><i>Eine Zusammenstellung von positiven Maßnahmen / Effekten wird unternommen, sowie eine Analyse der Lücken bzw. wo Maßnahmen nicht erreicht wurden. Jeder soll sehen können, wo die Potenziale kurzfristig noch zu heben sind.</i></p> <p><i>Auch die Position der Energiewirtschaft wird verstanden, die nicht immer als letztlich verantwortlich betrachtet werden will. Es ist keine nachhaltige Politik, wenn primär eine Gruppe von eingreifenden Entscheidungen betroffen ist. Das sollte noch einmal ausgewogen und mit viel Sachlichkeit analysiert werden.</i></p>		
LAND & FORST	<p>Gerolf Bücheler Deutscher Bauernverband</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Klimaschutz durch Effizienzbemühungen ist bedeutend; auf dem gleichen Pfad sieht sich die Landwirtschaft. • Die Aufstockung der Forschung und Entwicklung ist wichtig, sowie die Überführung von Demonstrationsprojekten in die Praxis. • Die Bioökonomie und die Nutzung nachhaltiger Rohstoffe, wie das Beispiel der Firma Schüco (Rizinusöl) stellt noch große Potenziale dar, da die Bioökonomie nicht nur die energetische Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen bedeutet, sondern auch den Ersatz fossiler Ressourcen durch den Einsatz von Ölen oder Stärke. • Ermutigung an die Wirtschaftsbank, den Begriff Bioökonomie aufzugreifen.

5. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 27. April 2017 von 09:00 bis 16:30 Uhr

ENERGIE	<p>Volker Bartsch Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Dank an Wirtschaftsbank für die klaren Aussagen. Bezüglich der Wasserstoff-Strategie sollten auch andere „grüne Gase“ Beachtung finden. Auch die entsprechenden Infrastrukturen müssen bereitgestellt werden. • Verweis auf Klimaschutzplan 2050, in dem festgelegt ist, dass grüne Gase in den Markt kommen sollen. Würde man heute bereits damit anfangen, können damit schon viele Klimaschutzziele bis 2020 erreicht werden. • Wenn man diese Gase als Energieträger oder als Rohstofflieferant nutzen möchte, muss der Ordnungsrahmen angepasst werden. Als Beispiel kann der Verkehrs- bzw. Mobilitätssektor mit dem Stichwort „Upstream Emissions“ genannt werden. Fahrzeugflotten, bei denen grüne Gase in die Fahrzeugtanks gebracht werden, sind CO₂-neutral und müssen entsprechend anrechenbar sein. • Bezüglich der Verfügbarkeit der Technologien: Wir haben bereits über 25 Power-to-Gas Demonstrationsprojekte. Power-to-Gas muss in die Markteinführung übergehen, sonst wird die Technologie wieder abgebaut, sofern es bei der Demonstrationsphase bleibt.
<p><i>Anmerkung Staatssekretär Flasbarth:</i></p> <p><i>Zustimmung, aber außerhalb des allgemeinen Bekenntnisses zu den Themen „Grüner Wasserstoff“ und „Upstreaming“ besteht große Verwirrung über Leistung und Potenziale der möglichen Instrumente. Im Ziel ist man sich einig. Jetzt geht es darum, die richtigen Stränge zusammen zu ziehen und die Ziele auch zu erreichen.</i></p>		

Antworten der Bank Wirtschaft		
WIRTSCHAFT	<p>Dr. Carsten Rolle BDI</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Vielen Dank an Staatssekretär Flasbarth zur Bekenntnis der Forschungsförderung. Das ist eines der großen strategischen Themen, bei dem es sich auch lohnt, den Blick ins Ausland zu werfen, insbesondere bezüglich der Forschungsanstrengungen in den USA. • Eine grundsätzliche Diskussion über Vereinbarkeit von Marktwirtschaft und Klimaschutz würde den heutigen Rahmen sprengen. Die Bank geht aber davon aus, dass Marktwirtschaft und Renditestreben mit Hilfe der richtigen politischen Leitplanken zusammen mit Klimaschutz funktionieren kann. • Es wurde im Themenpapier betrachtet, welche Instrumente für Energieeffizienz und Klimaschutz notwendig sind und welche Hindernisse bestehen. Jetzt muss aber noch Schritt für Schritt eine genauere Analyse folgen. • Daher das Angebot, auch 2018 industrieseitig erste Ergebnisse eines branchenübergreifenden Forschungsprojekts vorzustellen. Dabei geht es um die Einschätzung der CO₂-Reduktionpotenziale im heutigen Rahmen, unter Berücksichtigung von Möglichkeiten in anderen Ländern und politischer Flankierung. • Bezüglich des Themas Energieeffizienz: Benchmarks als Treiber funktionieren bei homogenen Prozessen / Produkten; bei Energieeffizienz in der Breite ist dies aufgrund der hohen Diversität der Technologien kaum möglich. Deshalb geht die Wirtschaft den Weg der Energiemanagementsysteme. Diese mit Anreizen wie in der Schweiz zu versehen, wäre eine gute Idee. • Bezüglich ETS: Es liegt bereits ein ambitionierter Pfad vor uns, der der Industrie automatisch einen großen Schub bringen wird. Im Rahmen des Impact Assessment wird dann auch zu prüfen sein, wie weit uns Instrumente wie der ETS bringen und was auf europäischer und nationaler Ebene möglich ist.
<p><i>Staatssekretär Flasbarth verlässt die Sitzung und übergibt Moderation an Abteilungsleiter Herr Dr. Sach.</i></p>		
WIRTSCHAFT	<p>Nima Nader Wirtschaftsvereinigung Metalle</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Die vom ETS erfassten Sektoren haben sehr wohl ihre Emissionen gesenkt, der Vorwurf der stagnierenden Emissionen wird zurückgewiesen. Das liegt schlicht an der Funktionsweise des ETS als mengenbasiertes Instrument. • Der ETS ist nahezu das einzige Klimaschutzinstrument, das zu 100% ökologisch treffsicher ist. Daher verwundern Vorschläge, die einen Eingriff in den ETS bedeuten, da dieser dann am wirksamsten ist, wenn seine Funktionsweise unverändert ist. Die Aufgabe der Politik ist nur ein Cap, also die Gesamtmenge an Zertifikaten vorzugeben. Den Rest regelt der ETS. • Im Sinne des Klimaschutzes ist es auch wichtig, dass Grundstoffe auch zukünftig in Deutschland produziert werden können.

5. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 27. April 2017 von 09:00 bis 16:30 Uhr

WIRTSCHAFT	<p>Sabine Nallinger Stiftung 2° Deutsche Unternehmer für Klimaschutz</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Für das 2 Grad-Ziel braucht es tatsächlich einen übergeordneten Masterplan, auch weil die Wirtschaft so heterogen ist. Dazu müssen drei Punkte berücksichtigt werden: Erstens, ob mit den aktuellen Ausschreibungsmodalitäten und Entlastungen wirklich die richtigen Anreize schaffen. Zweitens, dass sich die Wirtschaft kontinuierlich mit der Klimawissenschaft austauscht. Dafür benötigen wir kontinuierliches Controlling, um sicherzustellen, dass die Industrie auf dem richtigen Pfad ist. Drittens muss die Verunsicherung bei den Entscheidungsträger/innen der Wirtschaft und Industrie aufgrund unsicherer politischer Rahmenbedingungen adressiert werden. • Beispiel aus der Mobilitätsindustrie: Aufgrund unklarer politischer Rahmenbedingungen ist die Industrie nicht in der Lage, sich schnell genug dem Wandel und den Transformationsprozessen anzupassen. Gespräche zwischen Politik und Wirtschaft sind daher zwingend notwendig für verlässliche und weitreichende Systeme.
WIRTSCHAFT	<p>Tara Nitz Verband der Chemischen Industrie</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Begrüßt Bekenntnis zur Forschungsförderung. Es wäre sinnvoll zu prüfen, ob die verschiedenen Ressorts hier besser zusammenkommen könnten. • Forschung zeichnet sich dadurch aus, dass im Vorhinein nicht feststeht, was herauskommt. In welche Richtung sie geht, hängt auch davon ab, wie die politischen Rahmenbedingungen aussehen. Die Industrie ist weiterhin zu komplex, um eine klare Definition für Klimaschutzforschung zu ermöglichen. Ein restriktiver Ansatz lässt sich hier nicht durchsetzen. Bspw. hat die Forschung der Pharmaindustrie über Medikamente gegen Malaria oder andere Tropenkrankheiten durchaus eine Verknüpfung mit Klimaschutz. • Dass in der chemischen Industrie seit 1990 die Produktion um 60% erhöht und gleichzeitig die THG-Emissionen um 50% reduziert wurden, spricht außerdem dafür, dass die Forschungsgelder durchaus in die richtige Richtung gelenkt wurden.
UMWELT	<p>Dr. Erika Bellmann WWF Deutschland</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Forschung hat immer ein Ziel, insbesondere in der Industrie. Nämlich Kostenziele, Einnahmenziele, Marktanteile. Sie im Fall von Klimaschutzforschung offen zu lassen, ist so nicht tragbar.

Abteilungsleiter Dr. Sach:

Die Einladung zum Thema Forschungsförderung wird noch in dieser Legislaturperiode erfolgen.

Wir haben heute nicht in allen Punkten Einigkeit erzielt, das ist aber auch nicht möglich. Weitere Diskussionen sollen bilateral erfolgen. Es gibt unterschiedliche Konnotationen und Widersprüche, die auch nicht wegdiskutiert werden sollen.

Bezüglich der Beiträge über den Emissionshandel erinnern manche Argumentationen an ökonomische Lehrstuhldebatten. Aber auch diese Debatten benötigen wir, da klare Preissignale nötig sind, um richtig umsteuern zu können. Neben der ökonomischen Theorie mit ihren vielen Bedingungen muss gerade die Praxis beachtet werden.

Im Hinblick auf Best Practice-Beispiele und ob sie ausreichend sind oder nicht, sowie zu konkreten Handlungsanregungen bitten wir ausdrücklich um Input. Besonders auch zu Fragen und Anregungen zur Verbesserungen der Zielgenauigkeit.

Noch einmal vielen Dank an die Bank Wirtschaft. Insbesondere die genannten Beispiele zeigen, wo und wie es möglich sein kann, Effizienz- und Klimaschutzbeiträge zu erbringen.

TOP 3: Klimaschutz im Gebäudebereich

Vorstellung einer Präsentation durch die Bank „Gebäude“ (*Hinweis: Die Präsentation steht auf den Internetseiten des BMUB zur V. Sitzung des Aktionsbündnisses Klimaschutz zur Verfügung*). Frau Dr. Ingrid Vogler (GdW) leitet in das Thema ein:

- In der Bank Gebäude sind acht Verbände vertreten, die gemeinsam eine Position entwickelt haben. Das daraus entstandene Papier soll heute vorgestellt werden und zeigt die grundsätzliche Übereinstimmung der Bank. Der Entwicklungsprozess begann bereits im Sommer 2015. Zu den Verbänden gehören: Architekten (Inga Stein-Barthelmes), der Deutsche Olympische Sportbund (Bianca Quardokus), Haus und Grund (Corinna Kodim), GdW (Dr. Ingrid Vogler), TGA (Jörn Adler), der VDMA (Miriam Braun), der Verband Privater Bauherren (Corinna Merzyn) und der zentrale Immobilienausschuss (Stefan Schartner).
- Die Präsentation beinhaltet die Besonderheiten des Gebäudebestands, die Herausforderungen bei der Datenlage über den Gebäudesektor sowie Kommentare zum Aktionsprogramm Klimaschutz und zehn gemeinsame Vorschläge. Ergänzt werden diese um individuelle Punkte der einzelnen Verbände.

Anschließende Diskussionsrunde, moderiert durch Abteilungsleiter Dr. Sach:

Bank	Person / Institution	Inhaltliches Statement
RESSORTS	Dr. Alexander Renner BMW	<ul style="list-style-type: none"> • Der Sanierungsfahrplan wird bei den Berliner Energietagen vorgestellt; zum 1. Juli wird er in der Vor-Ort-Energieberatung bei der BAFA anerkannt. Das BMWi nimmt die Forderung mit, dass der Sanierungsfahrplan noch mehr integriert werden sollte sowie eine intensive Marktbegleitung mit Diskussion um Weiterentwicklung stattfinden soll. Wichtig ist es, sinnvolle Schritt-für-Schritt-Maßnahmen aufzeigen. • Die Förderstrategie Energieeffizienz und Wärme aus erneuerbaren Energien wird am 12. Mai vorgestellt und soll zur Verbesserung der Förderlandschaft dienen. Außerdem wird über die Weiterentwicklung in Richtung eines „One-Stop-Shops“ in der Abt. II diskutiert. • Dank an Gebäudebank. Diese ist gut gefüllt, wichtige Positionen wurden präsentiert. Wünscht sich intensive Gespräche.

5. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 27. April 2017 von 09:00 bis 16:30 Uhr

Bank	Person / Institution	Inhaltliches Statement
RESSORTS	Andreas Kapphan BMUB	<ul style="list-style-type: none"> • Vielen Dank für die vielen Vorschläge und Anregungen der Wohnungswirtschaft bzw. der Gebäudebank. • Bzgl. Wohngeld und Kosten der Unterkunft (KdU): Das primäre Anliegen ist, dass Wohnen bezahlbar bleibt. • Im Wohngeld ist eine Klimakomponente eingefügt, d.h. bei einer Sanierung kann das Wohngeld aufgestockt werden. Kommunen sind aufgerufen, die Flexibilität zu nutzen. • Die Diskussion dreht sich um bezahlbares Wohnen: Welche Kosten trägt Eigentümer, welche der Mieter? Welche Mieter können nicht weiter belastet werden? Im Moment erhalten 11% der Mieter Transferleistungen (KdU-Leistungen oder Wohngeld), das entspricht 16 Mrd. € jährlich. • Weitere steuerliche Erleichterungsmöglichkeiten müssen gegebenenfalls eingeführt werden. • Hier zu einer guten Lösung zu kommen, ist eine der zentralen Herausforderungen für den Klimaschutz im Gebäudebereich.
VERBRAUCHER	Ulrich Ropertz Deutscher Mieterbund	<ul style="list-style-type: none"> • Zum Thema Wirtschaftlichkeit bestehen viele Definitionen je nach Perspektive. Letztlich ist es aus Sicht des Mieters verständlich, wenn umfassende energetische Sanierungen zu 3-4 Mal höheren Mietsteigerungen gegenüber Einsparungen führen, und daher gefragt wird, wer die Kosten trägt. • Ambitionen der Wohnungsbaugesellschaft richten sich nach Rendite; als Mieter wäre eine Warmmietenneutralität wünschenswert. Diese ist aber nicht vorhanden und eine Abwälzung der Kosten muss begrenzt werden. Lösungen liegen entweder im Mietrecht oder dem Ausgleich der Kostendifferenzen durch Förderung. Dieser Konflikt sollte nicht weiter beschrieben, sondern gelöst werden.
WISSENSCHAFT	Dr. Hans-Joachim Ziesing AGEB, DIW	<ul style="list-style-type: none"> • Spricht im Namen der AG Energiebilanzen und ist Teil der Monitoring Experten-Kommission. • Datenprobleme sind bekannt. Änderung eines Energiestatistikgesetzes ist fast unmöglich. • Was heißt das bisher Gesagte für die Realisierung der Klimaschutzziele? Der Beitrag des Gebäudebereichs ist unklar. Ziele sind jedoch dringend notwendig, da Maßnahmen an der Zielsetzung ausgerichtet werden müssen. Bisher Genanntes reicht nicht aus. Es müssen daher striktere Standards entwickelt werden. Ökonomische Anreize finden im Moment nicht statt, da die Energiepreise aktuell sehr niedrig sind. Die Warmmietenneutralität sollte als Ziel gesetzt werden. • In Berlin wurde ein Klimaschutzgesetz nicht verabschiedet, da Auswirkung von 1€/m² erwartet wurden. So etwas darf nicht passieren, sondern eine Sozialverträglichkeit muss gegeben werden. • Kompensationsstrategie: Warmmietenneutralität und gleichzeitig klimaverträgliches Wohnen. Es sollte die Scheu verloren werden, große Maßnahmen zu nennen.

5. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 27. April 2017 von 09:00 bis 16:30 Uhr

Bank	Person / Institution	Inhaltliches Statement
LAND & FORST	Lukas Freise Arbeitsgemeinschaft Rohholzverbraucher e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Es wird begrüßt, dass das Thema graue Energie diskutiert wird, da ein Großteil der Energie bei der Errichtung der Gebäude und der Produktion im Vorfeld verbraucht wird. Die Bilanzierung muss die graue Energie mit einbeziehen. Entsprechend des Vorschlags von Frau Vogler, die Steuerungsansätze auf THG umzustellen, sollte das auch in diesem Bereich getan werden. •
LÄNDER	Dr. Helmut Theiler Bayrisches Umweltministerium	<ul style="list-style-type: none"> • Die Gebäudesanierung trägt aus Sicht der Länder eine Schlüsselfunktion bei der Erreichung der Klimaschutzziele. Die Probleme sind vielfältig, langfristige Investitionen sind nötig. • Um die Sanierungsrate zu erhöhen, bedarf es einer ambitionierten finanziellen Förderung. • Ein in Bayern aufgelegtes Förderprogramm für Heizungsaustausch und energetische Sanierung stößt auf großes Interesse.
ENERGIE	Dr. Julia Metz BDEW	<p>Gemeinsame Botschaft der Energiebank:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Klimaschutz in Gebäuden: Eine vollständige Elektrifizierung ist nicht die einzige Lösung, andere Technologien sind wichtig. 2. Steuerliche Abschreibungsmöglichkeit sind wünschenswert. 3. Bedauern, dass GEG (Gebäudeenergiegesetz) in dieser Legislaturperiode gescheitert ist. <p>BDEW Anmerkung:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Technologieoffenheit: Ein generelles Verbot von Gasheizungen wird abgelehnt; die Definition von langfristigen Zielvorgaben ist vorrangig. 2. Vorhandene Versorgungsinfrastruktur ist zu nutzen: Die Gasinfrastruktur soll weiterhin eine wichtige Rolle im Wärme- und Verkehrsbereich spielen. 3. CO₂-Vermeidungskosten sollen in Verbindung mit der absoluten CO₂-Einsparung der Bewertungsmaßstab bei der energetischen Gebäudesanierung sein. Allerdings unter der Berücksichtigung der Anforderungen der Akteure vor Ort, insbesondere der Kaufkraft.
<i>MITTAGSPAUSE</i>		

5. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 27. April 2017 von 09:00 bis 16:30 Uhr

Bank	Person / Institution	Inhaltliches Statement
KOMMUNEN	Dr. Cornelia Rösler Deutsches Institut für Urbanistik	<ul style="list-style-type: none"> • Zur Flexibilität bei KdU/Wohngeld: Ein weiterer Austausch mit dem BMUB ist wünschenswert. • Bitte an die Bank Gebäude: Folie mit Anregungen und Vorschlägen zur Verfügung stellen, um Schnittstellen mit Kommunen zu identifizieren und im Arbeitskreis kommunalen Klimaschutz zu besprechen. • Interpretation „Ganzheitliches Herangehen“: Gebäude sollten nur dann angefasst werden, wenn mehrere Elemente saniert werden. Eine reine energetische Sanierung lohnt sich oft nicht. • Vereinfachung der Förderung: Eine gestaffelte Förderung könnte eine Breitenwirkung erzielen. In der Kommunalrichtlinie gibt es Hürden bei der Förderung.
KOMMUNEN	Dr. Dag Schulze Klima-Bündnis e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Bzgl. der Daten: Es wird begrüßt, dass ein höheres Gewicht auf die Daten gelegt werden soll. Eventuell könnte man hier eine Arbeitsgruppe einrichten. Durch die kommunale Bilanzierung sind auch die Kommunen konstant auf der Suche nach Daten. Auf verschiedene Bereiche müssen dabei verschiedene Standards angewendet werden. Die Datengrundlage ist häufig ähnlich, die Daten werden dann je nach Sinnhaftigkeit verschieden zusammengesetzt. • Frage an das BMWi: Es wird seit Jahren daran gearbeitet und die rechtlichen Hürden sind bekannt, aber was könnte noch geleistet werden, um ein besseres Bild der Lage zu bekommen? • Bzgl. Punkt 7 der Anregungen von der Gebäudebank (Investor-Nutzer-Dilemma/soziales Dilemma lösen): Hier könnte man die Wirtschaftssystematik betrachten. Es wird die These formuliert, dass es in einer Marktwirtschaft durchaus auch negative Renditen geben kann, wenn sie denn richtig gestaltet wird. Dann könnte auch das Dilemma überwunden werden.
<p><i>Anmerkung Abteilungsleiter Dr. Sach: Dilemma sind systemische Fragen, die bei konkreten Gesetzesvorhaben erörtert werden. Die Ansichten über das Problem mit der Datenlage wird geteilt, die Gründung neuer AGs ist aber nicht geplant. Stattdessen wird auf bilateralen Austausch gesetzt.</i></p>		
ENERGIE	Jens Dörschel Deutscher Energieholz- und Pellet-Verband	<ul style="list-style-type: none"> • Maßvolles Ordnungsrecht wird für notwendig erachtet. • Die Wärmestrategie wurde erarbeitet und veröffentlicht. Appell an die nächste Koalitionsverhandlung: die Austauschpflicht für Öl- und Gaskessel sollte auf die 12 Mio. Niedertemperaturkessel ausgeweitet werden, um ihren Ersatz zu beschleunigen. Bisher wurde das nicht im EEWärmeG berücksichtigt. • Steuerliche Förderung: Wettbewerbsposition erneuerbarer Wärmeerzeuger gegenüber fossilen Wärmeerzeugern darf sich nicht verschlechtern. Appell an BMUB/BMWi, dies in die Koalitionsverhandlungen einzubringen.

5. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 27. April 2017 von 09:00 bis 16:30 Uhr

Bank	Person / Institution	Inhaltliches Statement
ENERGIE	Simon Jastrzab Institut für Wärme und Oeltechnik	<ul style="list-style-type: none"> • Eine steuerliche Förderung wird befürwortet. • Ausgestaltung der Förderung: Förderung von Brennwertheizungen sollte beibehalten werden. Es besteht noch ein großes Potenzial beim Ersatz der rund 5 Mio. Ölheizungen ohne Brennwerttechnik. Allein mit einem Beibehalten der Austauschrate von 450.000 Sanierungen bei Öl und Gasheizungen wie im Jahr 2016 könnten bis 2030 75 Mio. t CO₂ eingespart werden. Die Brennwertförderung verfügt über ein sehr gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis: 1.000 € Förderung lösen 10.000 € Invest aus. Von signifikanten Mitnahmeeffekten wird nicht ausgegangen, da die Förderung gerade für Haushalte mit einem geringeren verfügbaren Einkommen wichtig und investitionsauslösend ist. Durch die Forschung an treibhausgasreduzierten Brennstoffen wie Power-to-Liquids oder Power-to-Gas haben Brennwertheizungen langfristig eine klimaneutrale Perspektive, somit führt der Einbau einer Brennwertheizung nicht zu Lock-in- Effekten.
FINANZEN	Andreas Hahn Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Es ist wichtig, dass bei zukünftigen energetischen Sanierungen die Verwundbarkeit der Gebäude nicht weiter erhöht wird, da dies die Wohnkosten unmittelbar steigert. Sanierungen führen zu neuen Schadensbildern, die über die Versicherungen bezahlt werden, aber über Versicherungsbeiträge gedeckt werden und dementsprechend steigen. Das betrifft vermutlich Landesbaurecht und stellt eine große Herausforderung dar. • An Bank Gebäude: Darstellung der Verbrauchs- und Bedarfsmessung ist realitätsnah und angemessen. Verhaltensveränderungen werden auch erlebt, weswegen davon ausgegangen werden kann, dass die Verbräuche nach den Sanierungen höher liegen. Allerdings sind die Emissionen relevant für den Klimaschutz und nicht direkt der Energiebedarf. Eventuell stellt sich hier die Frage nach der Förderungswürdigkeit. • Der Verband unterstützt die Aussage, dass Niedertemperaturtechnik oft kaum verträglich mit Bestandsgebäuden ist. Daher die Frage, wie sich das mit dem Statement der Gebäudebank verträgt, dass die Elektrifizierung der Energieversorgung dieser Gebäude nicht der richtige Weg wäre.

5. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 27. April 2017 von 09:00 bis 16:30 Uhr

Bank	Person / Institution	Inhaltliches Statement
WISSENSCHAFT	<p>Dr. Klaus-Dieter Clausnitzer</p> <p>Fraunhofer IFAM</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Datenlage: Vorschlag eines Panels mit 200.000 Wohngebäuden und 50.000 Nichtwohngebäuden, die Verbräuche mitteilen, um Daten über die nächsten Jahrzehnte zu erhalten. • Bei mit KfW-Förderung sanierten und neu gebauten Gebäuden könnten Anreize mit z.B. zusätzlich 100€ Förderung pro Jahr pro EFH-Gebäude gegeben werden, wenn der tatsächliche Verbrauch nach Sanierung/Neubau – durch einen Sachverständigen bescheinigt-mitgeteilt wird. • Unterhalb der Bafa-geförderten Vor-Ort-Beratung fehle eine einfache, aber geförderte Initialberatung. • Baden-Württemberg: Die dortige zusätzliche Beratungsförderung für Industrie und KMU, damit KfW-Förderung in Anspruch genommen wird, wird als sehr erfolgreich wahrgenommen (Siehe Evaluation im Auftrag der Landesbank Ba-Wü). • Ein großes Effizienzpotenzial wird bei Heizungsanlagen verschenkt, da rund die Hälfte der Anlagen nicht im Brennwert-Betrieb laufen. • Die 1.BImSchV sollte weiterentwickelt werden, um stärker als bisher auf Effizienzpotentiale hinzuweisen.
MITTELSTAND	<p>Michel Durieux</p> <p>ZDH</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Für das Handwerk spielen Gebäude eine wichtige Rolle. • Kritisch wird die Forderung betrachtet, dass bei dem Thema Gebäudeenergieberatung nicht derjenige umsetzen darf, der auch berät. Die aktuellen Zahlen der Energieberatungen bei Gebäuden sind zu niedrig und reichen bei weitem nicht aus, um die Ziele zu erreichen. Aktuell liegen wir bei 8.000 Energieberatungen bei im Vergleich 18,6 Mio. Wohngebäuden. Mit der derzeitigen Beratungsleistung bräuchten wir 2300 Jahre um den gesamten Bestand zu sanieren. Der Markt sollte daher erst dereguliert werden, um ihn anzustoßen. Darauf sollten dann Marktbeobachtung und die entsprechend notwendigen Regulierungen folgen. • Das Handwerk nimmt sich dem Thema Prebound an und bietet bereits Informationstools an. Abgleiche werden bei Bedarf vorgenommen und sind von der Bereitschaft zur Zahlung des Eigentümers abhängig. • Es werden spezielle Weiterbildungen und Informationstools den Mitgliedern angeboten. Endkunden werden über die Standardeinstellungen (Heizungen) informiert. (Hydraulische) Abgleiche werden bei Bedarf vorgenommen. Diese kosten allerdings Geld und es stellt sich die Frage, ob der Hauseigentümer bereit ist für eine Optimierung der Anlage zu zahlen. • Diese Themen sind aber auch Standard in der Aus- und Weiterbildung im Handwerk.

5. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 27. April 2017 von 09:00 bis 16:30 Uhr

Bank	Person / Institution	Inhaltliches Statement
UMWELT	Denny Püschel NABU	<ul style="list-style-type: none"> • Frage an Hr. Dr. Renner: Wie steht es um den Fortschritt bei der ESG? • Es wird begrüßt, dass das Stichwort Wirtschaftlichkeit adressiert wird. Bezüglich der Förderkosten wird starker Wert auf die Warmkostenneutralität gelegt. • Da auch im Gebäudebereich Technologien substanzielle Beiträge zu Einsparungen und Klimaschutz beitragen sollen, ist Technologieoffenheit bei der Förderung wichtig, allerdings soll diese zielgerichtet und zielführend sein. Negative Erfahrungen wie z.B. mit Dämmstoffen aus der Vergangenheit sollen berücksichtigt werden. • Die Bank setzt sich weiterhin für ambitioniertere Standards ein. Heutige Bau- und Sanierungsmaßnahmen definieren den Bestand von 2030 bis 2050, die Standards können also nicht hoch genug sein, um das Thema Klimaneutralität im Bestand zu erreichen. • Es wird ausdrücklich begrüßt, dass Begriffe wie graue Energie und Lebenszyklusbetrachtung fallen, allerdings dürfen sie nicht mit der Betriebsenergie ausgespielt werden. • Gewarnt wird davor, dass CO₂ die alleinige Anforderungsgröße darstellt. Die Bemühungen könnten dadurch verlagert werden, indem der Vermieter z.B. auf Wärmepumpen mit erneuerbaren Energien oder Hackschnitzel-Anlagen umstellt und die Kostenverantwortung dem Mieter überlässt. Daher sind Effizienzanforderungen unabdingbar. • Dass das Gebäudeenergiegesetz gescheitert ist, wird bedauert, allerdings wären die geplanten Standards zu gering gewesen.
Antworten Bank Gebäude		
GEBÄUDE	Corinna Merzyn Verband Privater Bauherren	<ul style="list-style-type: none"> • Entscheidend ist das Spannungsverhältnis im Gebäudebereich beim Thema Wohnen zwischen sozialen Aspekten (Kosten der Unterkünfte) und den Kosten der energetischen Sanierung. Der Punkt steuerliche Entlastungen betrifft die Hälfte des Marktes. • Verständnis für die Wirtschaft, dass sie das Thema „neue Märkte“ anführt. Trotzdem soll daran erinnert werden, dass in der Suffizienz noch ein großes Potenzial für umweltpolitische Einsparungen liegt. • Es wird betont, die privaten Bauherren durch Ordnungsrecht keinesfalls zu überfordern, um Sanierungen nicht zu blockieren
GEBÄUDE	Inga Stein-Barthelmes Bundesarchitektenkammer	<ul style="list-style-type: none"> • Es braucht den sachkundigen Berater der die Zusammenhänge im Gebäudebestand versteht. Auch im Sinne der Bank: Schäden, die durch falsche Beratung entstehen, sind gesellschaftliche Schäden. Eine strikte Trennung zwischen Beratung und Umsetzung ist wichtig.

5. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 27. April 2017 von 09:00 bis 16:30 Uhr

Bank	Person / Institution	Inhaltliches Statement
GEBÄUDE	Corinna Kodim Haus & Grund	<ul style="list-style-type: none"> • Im Falle von privaten Immobilienbesitzern, die ihre Altersversorgung in die Gebäude investiert haben, kann man von Aspekten wie negativen Renditen nicht sprechen. • Weiterhin sollten in der Tat nur Maßnahmen durchgeführt werden, die sich wärmietenneutral darstellen lassen. Dies gilt natürlich auch für den selbstnutzenden Privateigentümer. • Die Datenlage ist nicht unbedingt vorrangig, wird aber benötigt, auch um dem Handwerk und der Industrie Anreize für Sanierung zu geben. Eine Festlegung der Sanierungsraten ist nicht zwingend zielführend. • Appell an Handwerk und Industrie bezüglich der Produkte und Techniken: Produkte müssen gebrauchsfähig konstruiert werden. Anlagen verbrauchen noch zu viel Strom, Industrieinstellungen werden beibehalten, Folgeprobleme wie Schimmelbildung etc. treten auf. Aktuell besteht ein kaum tragbarer Zustand, der behoben werden muss. • Ein Problem stellen auch die teuren Abgleiche der Anlagen dar, da niemand bereit ist diese Investition zu tätigen.
RESSORTS	Dr. Alexander Renner BMW i	<ul style="list-style-type: none"> • Zum Thema Gebäudestrategie und Umsetzung der Strategie wird daran erinnert, dass man sich den Korridor hin zum klimaneutralen Gebäudebestand auferlegt hat. Dieser findet sich im Klimaschutzplan 2050 im Gebäudekapitel wieder. Um auch auf kürzerer Sicht eine Perspektive zu haben, gibt es den Zielkorridor für das Jahr 2030, mit Einsparungen von 70 bis 72 Mio. Tonnen CO₂ gegenüber 1990. • Dass das GEG scheiterte, ist bedauerlich, es wäre ein großer Baustein für das Ordnungsrecht gewesen. Der Entwurf ist aber weiterhin gut, vor allem wegen der Flexibilisierungsoptionen und dem ganzheitlichen Ansatz, der auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien gleichermaßen setzt, und z.B. auch den Blick in Richtung Quartieransätze weitet. • Bei der Diskussion über Standards wird zu häufig darüber diskutiert, ob der Standard zu scharf sein könnte und zu wenig darüber, welche Möglichkeiten wir haben, den Standard zu erfüllen. • Bei der Beratung und Information ist der aktuelle Stand der Beratung in der Tat zu gering. Die 8.000 Beratungen im Jahr sind tatsächlich eine Katastrophe, ein Faktor 10 wäre ein gutes Ziel. Die Hoffnung liegt darin, dass aus dem individuellen Sanierungsfahrplan ein Schub kommt und im Rahmen der Förderung die Beratung weiter ausgebaut wird. • Außerdem werden aktuell im BMW i weitere Maßnahmen diskutiert. Es geht darum, wie die Stagnation im Gebäudereich behoben werden kann. 2%-Sanierungsrate ist gewünscht und man hofft, dass sich die neue Koalition darauf verständigt hier weiterhin anspruchsvolle Ziele beizubehalten und die Arbeit nicht auszubremsen. • Ansonsten läuft uns die nächste Dekade davon und wir landen wieder bei kleinteiligen Maßnahmen. Noch gibt es die Chance für BMUB und BMW i mit guten Maßnahmen einiges zu erreichen.

Bank	Person / Institution	Inhaltliches Statement
		<p>Anmerkung Abteilungsleiter Dr. Sach:</p> <p>Danke an Bank Gebäude für umfangreichen und vielschichtigen Input. Danke auch an Herrn Dr. Renner.</p> <p>Bezüglich der Frage an die Regierung: Die Zielsetzung ist ein nahezu treibhausgasneutraler Gebäudebestand bis 2050. Dafür ist Förderung wichtig, aber auch passendes Ordnungsrecht, Beratung und Forschung. Mit der Zielgröße 2050 sind Sanierungsmaßnahmen, sowohl in der Breite als auch in der Tiefe notwendig. Auch muss die Benutzerfreundlichkeit der Produkte zunehmen und die Beratung besser werden; hier wird noch ein großes Verbesserungspotenzial gesehen. Transparenz beruht auf Daten. Ganzheitliche Ansätze sind ein zentraler Punkt.</p>

TOP 4: Klimaschutz in Gewerbeimmobilien (DENEFF)

Vorstellung des Projekts „Konzept zum Heben von Klimaschutzpotenzialen im Gewerbebereich“ durch Frau Bollmann (DENEFF) (*Hinweis: Die Präsentation auf den Internetseiten des BMUB zur V. Sitzung des Aktionsbündnisses Klimaschutz zur Verfügung*):

- Vorstellung von Ergebnissen des Projekts „Finanzierung von Investitionen in Energieeffizienz in Wohn- und Nichtwohngebäuden“, welches durch das BMUB gefördert wird. Das Projekt ist eingebettet in das Finanzforum Energieeffizienz.
- Das Projekt ist ein rein markorientiertes Projekt, welches auf der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft beruht. Ziel ist es nicht, das politische Setting zu ändern, sondern Potenziale zu identifizieren. Heute werden innovative Ansätze zum Klimaschutz in Gebäuden präsentiert.

Anschließende Diskussionsrunde, moderiert durch Abteilungsleiter Dr. Sach:

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
KOMMUNEN	Andreas Bleschke Klimaschutzkoordinator Landkreis Teltow-Fläming	<p>Auf welchen absoluten Zahlen basiert die Grafik auf Folie 14 der Präsentation?</p> <p>Antwort Frau Bollmann:</p> <p>Die Grafik bezieht sich auf die Gesamtanzahl der Immobilien, es wurden 3 Mio. Nichtwohngebäude betrachtet.</p>

MITTELSTNAD	<p>Dipl.-Ing Michael Erlhof</p> <p>Bundesverband des Schornsteinfegerhandwerks</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Die Hürden bei der Beratung sind häufig zu hoch. Der Bundesverband der Schornsteinfeger könnte helfen eine Initialberatung anzustoßen: Er umfasst 8.000 Betriebe mit 60-70 Mio. Kundenkontakten, eine weitreichende Initialberatung durch Schornsteinfeger wäre daher möglich. („Dann liegt schonmal der Flyer auf dem Küchentisch.“) • Nutzung von Software und Tools bei der Analyse des Energieverbrauchs in privatem Haushalten: Durch die Anwendung richtiger Instrumente können Aspekte wie Heizgrenztemperatur betrachtet und notfalls korrigiert werden. • Es wird vorgeschlagen, ein Energiesparkonto für Hausnutzer einrichten. Dort findet eine witterungsbereinigte Erfassung der Verbräuche statt, ggf. mit staatlicher Förderung. Der Nutzer bekommt Informationen und kann sich dadurch vergleichen. Somit wird die Wirksamkeit von Sanierungsmaßnahmen nachvollziehbar und berechnete Bedarfswerte können korrigiert werden.
<p>Anmerkung Dr. Sach: Nutzen Sie bitte das Angebot zur bilateralen Zusammenarbeit. Input zum Forschungsforum wird gern gesehen.</p>		

TOP 5: Umsetzung des Klimaschutzplans 2050

Einführung Abteilungsleiter Dr. Sach: Der Klimaschutzplan ist das Ergebnis eines umfangreichen Diskussions- und Beteiligungsprozesses. Darin werden Wege und Maßnahmen aufgezeigt und Strategien und Leitbilder formuliert, mit denen der Beitrag zur Erreichung des 2 Grad Ziels geliefert werden soll. Der Klimaschutzplan steht nicht für Planwirtschaft, vielmehr ist er ein lernendes Instrument, das Orientierung geben soll und regelmäßig aktualisiert wird. Das Aktionsbündnis hat die Aufgabe, die Entwicklung und Umsetzung der Maßnahmen zu unterstützen.

Vorstellung der Umsetzung des Klimaschutzplans 2050 durch Frau Meyer (BMUB) (*Hinweis: Die Präsentation steht auf den Internetseiten des BMUB zur V. Sitzung des Aktionsbündnisses Klimaschutz zur Verfügung*):

- Aufgaben, die mit der Umsetzung des Klimaschutzplans anstehen: die Umsetzung der strategischen Maßnahmen, die Durchführung des Impact Assessments bzw. Folgenabschätzungen für die Sektorziele im Jahr 2018, die Erstellung eines Maßnahmenprogramms 2018 inklusive ex-ante Folgenabschätzungen und die Fortschreibung des Klimaschutzplans (Ende 2019/Anfang 2020).
- Die Rolle des Aktionsbündnis' lag bisher darin, die Umsetzung des Aktionsprogramms Klimaschutz zu unterstützen, eigene Initiativen vorzustellen, sich zu vernetzen und einmal pro Jahr den Klimaschutzbericht zu kommentieren. Neu und zusätzlich ist jetzt die Begleitung, Umsetzung und Überarbeitung der Maßnahmenprogramme. Daher stellt sich die Frage an das Bündnis, welche Maßnahmenvorschläge für die Ressortabstimmung mitgegeben werden sollen und welche Arbeitsstruktur für diesen Prozess notwendig ist.

Anschließende Diskussionsrunde, moderiert durch Abteilungsleiter Dr. Sach:

5. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 27. April 2017 von 09:00 bis 16:30 Uhr

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
WISSENSCHAFT	Prof. Dr.-Ing. Volker Quaschnig HTW Berlin	<ul style="list-style-type: none"> Gemäß IPCC und Paris müsste Klimaneutralität bereits 2040 erreicht werden, um das 1,5 Grad-Ziel zu erreichen. Damit muss das Tempo zu Einhaltung von 1,5 Grad massiv erhöht werden (Faktor 3 bzw. Faktor 4). Das bedeutet: ab 2020 keine Gasheizung, ab 2025 keine Verbrennungsmotoren, ab 2025/30 keine Kohle mehr. Starke ordnungsrechtliche Maßnahmen sind unumgänglich, da bislang kaum Dynamik entwickelt wurde.
<p><i>Antwort Abteilungsleiter Dr. Sach: Paris legt völkerrechtlich verbindlich fest, dass wir unter 2 Grad gelangen müssen. Dies ist im Klimaschutzplan 2050 mit „weitestgehende Treibhausgasneutralität“ übersetzt. Die Orientierung ist also klar und mehr war zu diesem Zeitpunkt nicht möglich. Die Frustration darüber, dass es nur langsam vorangeht und bspw. die Sanierungsraten noch nicht ausreichen, wird geteilt. Das Aktionsbündnis wurde aber auch deshalb aufgesetzt, um die Umsetzung zu beschleunigen und die Entwicklung der Klimapolitik zu begleiten.</i></p>		
UMWELT	Karsten Smid Greenpeace	<ul style="list-style-type: none"> Wie gehen Sie damit um, dass seit 20 Jahren die Ziele nicht erreicht werden? Gibt es ein Lernen aus der Vergangenheit? Wird es eine wissenschaftliche Begleitung geben? Wenn ja wer macht das und wie wird der Zielbeitrag sichergestellt?
<p><i>Antwort Abteilungsleiter Dr. Sach: Es gibt wissenschaftliche Empfehlungen sowie eine regelmäßige Überprüfung und Nachjustierung.</i></p>		
WIRTSCHAFT	Dr. Carsten Rolle BDI	<ul style="list-style-type: none"> Was sind die Indikatoren für die Bündelung der verschiedenen Maßnahmen, die in ihrem Zusammenspiel schließlich die Pfade ergeben sollen. Sind es Kosten, politische Akzeptanz, Umsetzbarkeit, etc.? Welche Annahmen liegen dem zugrunde? Speziell für die Sektoren aber auch auf der globalen Ebene ist auch die Frage „Was macht der Rest der Welt?“ wichtig.
<p><i>Antwort Abteilungsleiter Dr. Sach: Die Kosten stellen einen Faktor dar, sind aber nicht der einzig entscheidende, da sonst Lock-in-Effekte entstehen. Auch soziale Aspekte sind relevant.</i></p>		
ENERGIE	Dr. Björn Schreiner AGFW Energieeffizienzverband Wärme, Kälte, KWK	<ul style="list-style-type: none"> Die Gruppen und Beteiligungsformen beim Klimaschutzplan haben gut funktioniert. Transparenz herstellen, wie und warum Maßnahmen erarbeitet werden bzw. warum einige Maßnahmen nicht politisch umgesetzt werden, ist wichtig. Der NAPE und das Aktionsprogramm wurden zeitgleich erstellt. Bei beiden sind einige Maßnahmen (z.B. KWK) verschwunden. Bei neuen Programmen bitte auf Kontinuität mit bestehenden Programmen achten. Bitte in der nächsten Legislaturperiode CO₂-Einpreisung aufnehmen.

5. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 27. April 2017 von 09:00 bis 16:30 Uhr

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
<p><i>Antwort Abteilungsleiter Dr. Sach: Bisher gab es noch keinen Prozess, wo so viel Feedback gegeben wurde. Es darf nichts zwischen die Stühle fallen. Das Aktionsbündnis beschäftigt sich aber mit der Breite der Maßnahmen. Die CO₂-Einspreisung wird von vielen Stakeholdern angegangen und soll auch bei G20 vorangetrieben werden.</i></p>		
KOMMU- NEN	<p>Dr. Cornelia Rösler Deutsches Institut für Urbanistik</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Es herrscht Frust über verschiedene Prozesse (Klimaschutzplan) und dass es nicht richtig weitergeht. • Ordnungsrecht: Wird über ein Klimaschutzgesetz nachgedacht?
<p><i>Abteilungsleiter Dr. Sach: Wir sammeln Themen, bereiten alles vor und werden abwarten, was die nächste Legislaturperiode bringen wird.</i></p>		
KOMMUNEN	<p>Dr. Dag Schulze Klima-Bündnis e. V.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Wir haben viel im Klimaschutzplan 2050 gelernt. Vor allem war die Zeitvorgabe zu knapp. • Transformative Pfade sind ein guter Ansatz, aber später gab es Maßnahmen, die gleichzeitig zu verschiedenen Pfaden gehören. • Ziel sollte es sein, verschiedene Transformationspfade zu erarbeiten; nicht im Plenum, sondern in kleinen Arbeitsgruppen (multiperspektivische Formate). Bitte an Bundesregierung, dies zu organisieren. • Im Ausland wurden gute Erfahrungen mit Bürgerversammlungen gemacht. Die Transformationspfade sollten in solchen Formaten besprochen werden.

5. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 27. April 2017 von 09:00 bis 16:30 Uhr

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
UMWELT	Tina Löffelsend BUND	<ul style="list-style-type: none"> • Die Erweiterung des Aktionsbündnis' über 2020 hinaus ist gut. Spätestens 2020 muss aber die Wende in der Politik stattfinden. • Die Klimaschutzlücke kann nur mit einem konsequenten Kohleausstieg geschlossen werden. • Sektorziele sollten mit Verbänden diskutiert werden. • Vorgehen für einen Maßnahmenplan: Meilensteine setzen, regelmäßig evaluieren, Maßnahmen müssen zu Zielen passen. • Auch nach der Wahl müssen ambitionierte Ziele gesetzt werden. • Der Kohleausstieg muss beschlossen sein, damit der Strukturwandel funktioniert. Um das Ziel von Paris zu erreichen, muss bis 2030 der Kohleausstieg vollendet sein. Das Sektorziel besagt jedoch, dass wir erst 2020 damit anfangen. • Frage: Wird es ein Klimaschutzgesetz geben? • Lehre aus dem Klimaschutzplan Prozess: thematische, kleine Gruppen sind sinnvoll, eine wissenschaftliche Begleitung notwendig.
<p><i>Antwort Abteilungsleiter Dr. Sach:</i></p> <p><i>Wir arbeiten mit einem Zielkorridor und wissen, dass wir uns am oberen Rand davon orientieren müssen, um die Ziele von Paris zu erreichen.</i></p> <p><i>Bzgl. der Diskussion zu den Transformationspfaden: Das Aktionsbündnis soll bei der Weiterentwicklung und Umsetzung des Klimaschutzplans beteiligt werden. Ggf. werden zusätzliche Arbeitsgruppen eingerichtet. Die interne Arbeit startet voraussichtlich im Herbst 2017.</i></p> <p><i>In Bezug auf die Frage zu einem Klimaschutzgesetz: Verbindlichkeiten können helfen; allerdings gibt es kein Land, das mit Klimaschutzgesetzen bisher mehr erreicht hat als Deutschland mit den Plänen.</i></p>		

5. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 27. April 2017 von 09:00 bis 16:30 Uhr

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
LAND & FORST	Gerolf Bücheler Deutscher Bauernverband	<ul style="list-style-type: none"> • Stellt die gesammelte Meinung der Bank vor. • Die Fortführung des Aktionsbündnis' wird begrüßt. Transparenz zur Einbindung und Ablehnung von Maßnahmen im KSP 2050 wäre wünschenswert. • Das Aktionsbündnis muss an der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen beteiligt werden, nicht nur an der Umsetzung. • Das Aktionsbündnis steht allen gesellschaftlichen Gruppen vor, daher sollten auch finanzschwache Organisationen über Finanzausschüsse unterstützt werden, um teilnehmen zu können. • Es könnte bspw. ein Online-Tool eingeführt werden. Dies erleichtert die Meinungsäußerung und konsolidiert diese. • Banken sollen vorab zum Impact Assessment mit einbezogen werden. • Dafür ist ausreichend Zeit einzuplanen, um eine Wiederholung des KSP-Prozesses zu verhindern. • Wenn die nächste Sitzung erst im Januar 2018 stattfindet, muss bis dahin aber im Hinblick auf das bevorstehende Impact Assessment viel geschehen.
<p><i>Anmerkung Abteilungsleiter Dr. Sach: Das Bündnis soll einbezogen werden. Impact Assessment und Ziele gehören jedoch nicht zum Aufgabenbereich des Aktionsbündnis'.</i></p>		
RESSORTS	Andrea Meyer BMUB	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesregierung hat sich nie auf ein Gesetz mit Bundestagsbeteiligung verständigt, es bleibt also ein Plan. • Die nächste große Sitzung findet im Januar 2018 statt, um vor allem gemäß Mandat des Aktionsbündnis' den Klimaschutzbericht kommentieren zu können, der früher nicht verfügbar sein wird. • Vorher wird bereits eine Beteiligung erfolgen. Die Ansprechpartner sind bekannt, eine Beteiligung also möglich. • Konkrete Fragen zur Beteiligung des Aktionsbündnis' hinsichtlich der Erarbeitung der Maßnahmen sollten schnellstmöglich und direkt an das BMUB formuliert werden, um sie zu berücksichtigen.

5. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 27. April 2017 von 09:00 bis 16:30 Uhr

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
VERKEHR	Wolf-Dietrich Kindt Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie	<ul style="list-style-type: none"> Erfolge im Verkehrssektor sind bislang nicht vorhanden. Ein ansteigender Verkehr ist zwar Ausdruck steigender Wirtschaftskraft, aber aus Klimaschutzsicht nicht wünschenswert. Eine Fundamentalkritik ist angebracht, da Einsparungen und Effizienzgewinne die Emissionen durch eine steigende Verkehrsleistung bisher nicht ausgleichen. Flottengrenzwerte und eine Dekarbonisierung der Kraftstoffe sind wichtig. Letztere sind relevant, weil Verbrennungsmotoren bis 2050 nicht vom Markt verschwinden werden. Wir brauchen also einen stärkeren Fokus auf dekarbonisierte Kraftstoffe. Bislang können erneuerbare Energie-Anteile nicht gesteigert werden. Neuartigen Kraftstoffen (synthetische, strombasierte, bestehende) wird es erschwert, es muss also gehandelt werden. In Brüssel wird die Erneuerbaren Energien Richtlinie (RED II) diskutiert und soll bis 2018 fertig sein, Wie plant man damit umzugehen?
<p><i>Anmerkung Abteilungsleiter Dr. Sach:</i></p> <p><i>Die Themen Flottengrenzwerte und Kraftstoffe sollen in diesem Rahmen nicht diskutiert werden. Anregungen werden aber hoch geschätzt. Das Design des Prozesses wird weiterentwickelt. Konkrete Wünsche sind bis zum 12.05. an Andrea Meyer zu richten, um es in der Ressort-Runde zu berücksichtigen. Die Regierung wird Vorschläge erarbeiten, aber Input ist jederzeit willkommen. Wir werden überlappende Prozesse besser kommunizieren.</i></p>		
VERKEHR	Dr. Martin Koers Verband der Automobilindustrie	<ul style="list-style-type: none"> Neben Maßnahmen müssen vor allem auch „Verantwortlichkeiten“ über Technologien, Rahmenbedingungen, etc. definiert werden. Ein planwirtschaftlicher Ansatz ist nicht gewünscht. Über die Dekarbonisierung herrscht Konsens. Es sollte eine atmende Regulierung geben, falls Pläne nicht erfüllt werden. Beispiel Elektromobilität: Die Automobilindustrie ist für die Produktion verantwortlich. Aber damit sie auch in den Markt dringen kann, braucht es die richtigen Rahmenbedingungen. Dafür ist die Politik verantwortlich.
<p><i>Anmerkung Dr. Sach:</i></p> <p><i>Verantwortungen zu definieren ist wichtig. Aber hier besteht ein Widerspruch zwischen „atmender Regulierung“ und der Forderung von klaren Verantwortlichkeiten. Bislang wird ein deutliches Engagement der Automobilindustrie hinsichtlich Elektromobilität vermisst. Die aktuellen Veränderungen sind begrüßenswert. Es gibt aber auch einen Aufholbedarf der politischen Rahmenbedingungen im Verkehr, da müssen wir schneller werden.</i></p>		
UMWELT	Rolf Satzger Initiative Madrenatura	<ul style="list-style-type: none"> Wir müssen zivilgesellschaftlich eingreifen. Dass das 2020-Ziel verfehlt wird, ist schlecht. Alle Banken sollten in 1-2 Sitzungen vor Januar messbare Maßnahmen zum Erreichen des 2020-Ziels erarbeiten. Es sollte nicht 2017 verkündet werden, dass die Ziele nicht erreicht werden. Bedauert, dass manche Banken keine Papiere erstellt haben.

5. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 27. April 2017 von 09:00 bis 16:30 Uhr

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
WISSEN SEN- SCHAFT	Dr. Klaus-Dieter Clausnitzer Fraunhofer IFAM	<ul style="list-style-type: none"> Begrüßt, interessierte Banken vorab einzubinden. Mit finanzieller Unterstützung durch das BMUB könnten die Wirkungen eingegangener Vorschläge vorab quantifiziert werden, um in einer Besprechungsrunde mit den „Banken“ dann z.B. die 20 Vorschläge mit dem größten Potential zu besprechen.
<p><i>Anmerkung Abteilungsleiter Dr. Sach:</i></p> <p><i>Ein Beitrag der Banken ist gewünscht. Über eine finanzielle Förderung wird nachgedacht. Es muss überlegt werden, was zusätzlich zu tun ist, um die 2020-Ziele sicherzustellen. Es wird nur wenige Maßnahmen geben, die wir 2018 rechtlich verbindlich regeln können, die die Emissionen bis 2020 beeinflussen. Das Aktionsbündnis ist ein transparenter Rahmen, in dem über weitere Maßnahmen gesprochen werden muss. In den kommenden Tagen wird der neue Projektionsbericht veröffentlicht. Anregungen zum Prozess können bis zum 12.05. an kii1@bmub.bund.de geschickt werden.</i></p>		
<p><i>Abschlussbemerkung Abteilungsleiter Dr. Sach:</i></p> <p><i>Heute wurden gute Diskussionen geführt. Es wurde ein großer Bogen über Vorschläge und Anregungen der zwei Banken Gebäude und Wirtschaft, ergänzt um Forschungsvorhaben im Auftrag des BMUB, bis hin zur weiteren Ausgestaltung des Prozesses gespannt. Eine Herbstsitzung wird, wie erwähnt, aufgrund der Bundestagswahlen nicht für sinnvoll erachtet. Die Banken sollen in dieser Zeit als Interessensverbände jedoch aktiv versuchen Einfluss auf die Koalitionsverhandlungen zu nehmen. Das Aktionsbündnis wird auch vor dem Hintergrund der Veröffentlichung des Klimaschutzberichts im Januar 2018 tagen. Der zweite Schwerpunkt wird die Umsetzung des Klimaschutzplans 2050 sein. Die Parameter des Impact Assessments werden vorgestellt. Die Frühjahrssitzung wird voraussichtlich im zweiten Jahresquartal stattfinden, um erste Ergebnisse des Impact Assessment zu diskutieren. Der Input soll zeitgerecht geliefert werden, um noch einfließen zu können.</i></p> <p><i>Danke an alle für die rege Teilnahme und Beiträge. Alle Anregungen und Vorschläge sind herzlich willkommen.</i></p>		